

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

2/XXIII/212

Bonn, den 7. November 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>R I C H A R D N I X O N</u> Aufgaben und Hoffnungen	41
2	<u>Weltweite Solidarität</u> Willy Brandt vor der UNESCO	51
3 - 4	<u>Jugoslawien und die EWG</u> Trotz Schwierigkeiten steter Annäherungsprozess Von Hans Peter Rullmann, Belgrad	59
5	<u>Ein Pamphlet</u> Zu einem merkwürdigen Buch über Griechenland	42

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

"Ich mußte gleich ins Wasser springen!"  
- Porträt des britischen Ministers für  
Soziale Sicherheit, Judith Hart -  
Von Alfred J. Fischer

Luise Henklotz vor der FAO  
Kurzmeldungen

\* \* \*

\*

R I C H A R D N I X O N

Aufgaben und Hoffnungen

sp - Die Wahl von Richard Nixon zum 37. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ist in der ganzen Welt mit stärkstem Interesse verfolgt worden. Im Wahlmännergremium hat Nixon eine beachtliche Mehrheit; im Senat und im Repräsentantenhaus jedoch konnte die Demokratische Partei ihre führende Position behaupten. Obwohl der Präsident der Vereinigten Staaten jede Entscheidung auch ohne die ausdrückliche Zustimmung parlamentarischer Körperschaften in eigener Verantwortung treffen kann, muß er doch - besonders bei innenpolitischen Fragen - Wert darauf legen, Senat und Repräsentantenhaus für sich zu gewinnen.

Den neuen Präsidenten begleiten die besten Wünsche der ganzen demokratischen Welt. Besonders hier in Europa wird erwartet, daß Nixon die ohne Zweifel in den vergangenen Monaten vielerorts als angeschlagen betrachtete Führungskraft der Vereinigten Staaten in der freien Welt wieder deutlich macht.

Die USA sind von zahlreichen Problemen bedrängt. In Südostasien geht es um die ehrenvolle Liquidation des mörderischen Vietnam-Krieges, im Nahen Osten um den Ausgleich der Gegensätze, in Europa um die Förderung jener Bestrebungen, die es dem alten Kontinent ermöglichen würden, mit einer Stimme zu sprechen und ein echter Partner der USA zu sein. In Lateinamerika, dessen einzelne Länder sich zunehmend von einer archaischen Großgrundbesitzer-Gesellschaft zu modernen Staaten entwickeln, erwartet man anstelle früherer Bevormundungen von Washington ebenfalls die Partnerschaft. In Nordamerika selbst stehen das Rassenproblem und der Kampf gegen die Armut an der Spitze aller Sorgen.

Der unterlegene demokratische Präsidentschaftskandidat Humphrey hat dem republikanischen Sieger Nixon die volle Unterstützung bei der Bewältigung aller dieser Aufgaben zugesagt. Diese vornehme Geste enthält die Hoffnung, daß der unter so schwierigen Umständen ins Weiße Haus gelangte Präsident nicht unbedingt mit dem Bleigewicht interner Auseinandersetzungen in der Führung der amerikanischen Politik rechnen muß. Wenn Republikaner und Demokraten gemeinsam an die Bewältigung der gigantischen Aufgaben, die sich jetzt dem neuen Präsidenten stellen, herangehen, wird die amerikanische Nation aufatmen können.

Das amerikanische Volk hat schon oft gezeigt, wie stark es sein kann, wenn Not am Manne ist. Die freie Welt hofft, daß auch jetzt die Aufgeschlossenheit seiner politischen Repräsentanz und deren Bereitschaft, der Freiheit zu dienen, stärker sein wird, als dies manchmal in der Vergangenheit zu sein schien.

## Weltweite Solidarität

---

### Willy Brandt vor der UNESCO

sp - Es war gut, daß der Außenminister der Bundesrepublik Deutschland, Willy Brandt, das Forum der größten internationalen Organisation, der Deutschland angehört, der UNESCO, eine der wichtigsten Unterabteilungen der Vereinten Nationen, benutzte, um seine Vorstellungen über die Rolle der Bundesrepublik in einer von vielen Unsicherheiten erfüllten Welt zu erläutern. Zum ersten Male seit dem 17-jährigen Bestehen der UNESCO übernahm ein deutscher Außenminister diese Aufgabe.

Die UNESCO ist eine Organisation, deren Arbeit für einen gerechten Frieden und ein weltweites friedliches Miteinander unersetzlich ist. Sie dient der Zukunftsforschung und der Bildungsplanung. Sie hat sich universalen Aufgaben zugewandt, deren Lösung die Kräfte einzelner Staaten oder Staatengruppen überschreitet. Ihre weltweite Tätigkeit ermöglicht es, Kenntnisse zu erwerben und sie weiter zu vermitteln. Unsere zur Einheit strebende Welt kann auf Vermittlung von Wissen nicht verzichten. Sie ist darauf angewiesen, aber auch darauf, daß dies ohne Bevormundung und Herrschaftsansprüche geschieht. An Versuchen dazu fehlt es nicht.

Willy Brandt hat in seiner von West und Ost viel beachteten Rede auf die Bedeutung der Jugend hingewiesen. Diese Jugend befindet sich in vielen Teilen der Welt in einem Aufstand gegen das Althergebrachte. Sie findet sich auch nicht in einer Welt zurecht, die oft zur Selbstgerechtigkeit neigt und dem Neuen, Heranwachsenden und dem Notwendigen die Augen verschließt. Der Wille zu grundlegenden Reformen ist unterschiedlich vorhanden. Seine Anregung, die UNESCO könnte einen wichtigen Dienst leisten, wenn sie in umfassenden Untersuchungen den Ursachen der jugendlichen Unrast in den einzelnen Ländern nachspüren würde, um ein Gesamtbild über positive Lösungsmöglichkeiten zu gewinnen, fiel auf fruchtbaren Boden. Ohne die Jugend von heute und deren schöpferische Mitarbeit läßt sich der Friede von morgen nicht gewinnen.

Was kann die Bundesrepublik, eine der größten Handelspartner der Welt, tun, um die Mission der UNESCO, deren Zielsetzung, wie Brandt es sagte, vergleichbar ist mit der Eroberung des Weltalls, zu unterstützen? Sie kann ihr Wissen, ihre Möglichkeiten und die Redlichkeit ihrer Friedenspolitik in die Waagschale werfen und dies in Verbindung mit allen vergleichbaren Mächten und ohne alle Nebenabsichten. So fördert sie alle Bemühungen über die Erforschung der Weltmeere, neue Quellen für die Bekämpfung des Hungers zu erschließen und sie beteiligt sich auch an den Anstrengungen, die Bioatmosphäre von allen Gefahren fernzuhalten, die das Dasein der Menschheit bedrohen.

Die Bundesrepublik Deutschland sieht ihre Aufgabe als eine der Frieden sichernde und ihm dienende Kraft. Sie hat nicht den Ehrgeiz, anderen Völkern mit erhobenem Zeigefinger entgegenzutreten oder sich gar als Lehrmeister aufzuspielen. Sie weiß sich solidarisch mit allen Nationen und Ländern, die im Schatten der Supermächte ihren eigenen Weg gehen und ihren eigenen Beitrag für die Weiterentwicklung der Menschheit im Atomzeitalter leisten wollen.

Willy Brandts Rede vor dem weltweiten Forum der UNESCO bekräftigt diese Solidarität und gab ihr einen in die Zukunft weisenden Inhalt.

### Jugoslawien und die EWG

Trotz Schwierigkeit = steter Annäherungsprozeß

Von Hans Peter Rullmann, Belgrad

Die Gespräche zwischen Jugoslawien und der EWG seien über die Phase des Austausches von Höflichkeiten hinausgekommen, befänden sich aber immer noch erst am Anfang. So kommentierte das Belgrader Wirtschafts-Wochenblatt "Ekonomika Politika" den Besuch des jugoslawischen Ministers Toma Grandić in Brüssel und die Visite des Vizepräsidenten der Europakommission, Lionell Sandri, in Belgrad. Toma Grandić drückte sich bei seiner Rückkehr nach Jugoslawien deutlicher aus: Konkret habe man in Brüssel beschlossen, eine gemischte Expertenkommission einzusetzen, die alle Fragen der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Jugoslawien und dem Gemeinsamen Markt prüfen werde; ohne Diskussion sei von den westeuropäischen Gesprächspartnern Belgrad als erster Tagungsort akzeptiert worden.

Die Annäherung Jugoslawiens an die EWG erfolgte sehr allmählich, begann eigentlich schon im Jahre 1962 und hat durch die Einrichtung einer jugoslawischen diplomatischen Vertretung bei den Behörden der Europäischen Gemeinschaft jetzt ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht. Obgleich die Assoziation Belgrads mit dem osteuropäischen Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (COMECON) und andere Zwischenspiele mit Moskau den Prozeß immer wieder verzögert haben, ist der Trend Jugoslawiens nach Westeuropa hin schon rein aufgrund der Außenhandelsstruktur des Landes verständlich.

Jugoslawien wickelt 80 Prozent seines Handels mit europäischen Ländern ab, da zu hohe Transportkosten meist nicht im Verhältnis zum Wert des jugoslawischen Angebots stehen. 25 bis 30 Prozent der jugoslawischen Exporte gehen in den Raum des Gemeinsamen Marktes, der wiederum mit rund 38 Prozent an den jugoslawischen Einführen beteiligt ist. Daraus ergibt sich bereits die erste Problematik, nämlich ein großes Handelsdefizit Jugoslawiens

gegenüber den Ländern der EWG.

Die Exporte Jugoslawiens in diesen Raum stiegen von rund 1,1 Milliarden DM im Jahre 1963 auf etwa 1,5 Milliarden DM im vergangenen Jahr, während gleichzeitig die Importe auf dem Gemeinsamen Markt von etwa 1,2 Milliarden DM auf 2,7 Milliarden DM im vergangenen stiegen. Mit anderen Worten: Eine ursprünglich noch einigermaßen ausgeglichene Handelsbilanz ergibt heute jährlich ein Passivum von etwa 1,2 Milliarden DM - das entspricht fast genau dem Wert der jugoslawischen Ausfuhren in die Bundesrepublik Deutschland.

Mit diesem Sachverhalt in engem Zusammenhang steht die zweite Problematik, daß nämlich der Gemeinsame Markt rund 50 Prozent der jugoslawischen Exporte an Fleisch und Vieh aufnimmt und sich der Gemeinsame Markt allmählich, aufgrund der neuen Marktordnungen, gegen solche Importe immer stärker wehrt. Die Jugoslawen denken hier vor allem an Italien, den größten Handelspartner im westeuropäischen Raum, wobei Rom jedoch wiederum darauf hinweist, die eigentliche Schuld am jugoslawischen Passivum trage die Bundesrepublik Deutschland, die im letzten Jahr einen Überschuss in Höhe von rund 800 Millionen DM mit Jugoslawien erzielt hat.

Einer schießt dem anderen den Schwarzen Peter zu, obgleich sich Jugoslawien schließlich selbst durch seine politische Sonderhaltung in die jetzige außerordentlich schwierige Situation begeben hat. Möglicherweise wird jedoch die durch den Einmarsch der Sowjettruppen in die Tschechoslowakei zustande gekommene neue Weltsituation dazu beitragen, die politische Annäherung Jugoslawiens an Westeuropa zu beschleunigen, was zweifelsohne auch im Kreise der sechs europäischen Staaten positive Wirkung zeigen würde.

Ein Pamphlet

Zu einem merkwürdigen Buch über Griechenland

Das Buch von E. E. Koch "Griechenland im Umbruch" ist neuesten Datums und verfügt nur über "Dokumente", die von der griechischen Militärdiktatur nach dem Putsch geliefert wurden. Ernstzunehmende bibliographische Hinweise fehlen vollkommen; die Argumente der demokratischen Parteien werden ignoriert, und sämtliche schon geleistete Analysen der internationalen Presse bleiben unerwähnt. Schon die ersten Seiten des Werkes bezeugen, daß der Autor nicht die Konfrontierung mit der griechischen Problematik bezweckt - und sei es auch nur von einem konservativen Standpunkt aus -, sondern ungeschickte Propaganda zur Rechtfertigung des Militärputsches vom 21. April 1967 betreibt. Dabei wird die übelste Seite der von der Junta entworfenen propagandistischen Thematik übernommen und in zugespitzter Weise wiedergegeben, ohne daß die von dem Militärregime selbst vorgenommenen und der "Glaubwürdigkeit" dienenden Korrekturen berücksichtigt werden. So betrachtet Herr Koch z.B., obwohl die "offizielle" Seite die Behauptung der angeblichen kommunistischen Gefahr fallen ließ, von diesem Standpunkt aus die gesamte Entwicklung des politischen griechischen Lebens nach dem Zweiten Weltkrieg und sieht in den Tarntätigkeiten der kommunistischen Partei eine permanente Bedrohung des griechischen Staates seit 17 Jahren. Unter die Kommunisten wird nicht nur die EDA gezählt, sondern auch und vor allem Andreas Papandreu, der "Zyniker mit dem Blick des politischen Taschendiebs", dessen Tätigkeit als "Direktor des Amtes für ökonomische Planung während der Karamanliszeit die Voraussetzung für die kommunistische Unterwanderung der Nationalen Radikalen Union (ERE) geschaffen hat"!

Keine einzige Seite des Buches entspricht auch nur ungefähr den Tatsachen. Im Rahmen der bewußt durchgeführten geschichtlichen Verfälschung, die sowohl die verschiedenen politischen Richtungen wie auch die politischen Persönlichkeiten betrifft, wiederholen sich Verleumdungen, die die Bezeichnung des Buches als Pamphlet voll und ganz rechtfertigen. ("Andreas Papandreu machte das Parlament Griechenlands zum Zollhaus; Frau Papandreu, Margaret Chant, ist eine überzeugte bulgarische Kommunistin...")

Eine kritische Stellungnahme zu diesem Buch ist unmöglich wegen der gehäuften Darstellungen, geschichtlichen Verdrehungen und unqualifizierten persönlichen Diffamierungen. Jeder Ansatz zur Diskussion fehlt. Man kann das dubiose Unternehmen nicht einmal als propagandistische Schrift akzeptieren. Es bleibt aber zu untersuchen, warum Herr Koch in einer solchen flagranten Weise sein emotionales Engagement für die "Nationale Regierung" demonstriert. Hat dies nur mit seiner persönlichen Konzeption zu tun oder resultiert es zugleich aus etwaigen Verpflichtungen den Athener Machthabern gegenüber?